

Zwischen der ProSenis GmbH, Gemeinnützige Senioren- und Behinderteneinrichtungen,
Kühnsstraße 18 in 30559 Hannover, als Trägerin der

Altstadtresidenz
Klosterkirchhof 11
24103 Kiel

- im Folgenden Einrichtung genannt -

vertreten durch die Einrichtungsleiterin Frau Kirsten Speck

und _____

Geburtsname (falls abweichend vom Familiennamen): _____

geboren am _____ **in:** _____

bisher wohnhaft _____

vertreten durch

Anschrift:

- im Folgenden Bewohner genannt -

wird folgender Wohn- und Betreuungsvertrag

zur vollstationären Pflege gemäß § 43 SGB XI mit Wirkung vom _____
auf unbestimmte Zeit geschlossen:

Einleitung

Die ProSenis GmbH ist eine Tochtergesellschaft des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen e. V. Der BVN ist die Selbsthilfeorganisation der Zivilblinden und Sehbehinderten in Niedersachsen und übernimmt die Aufgaben eines Verbandes der Freien Wohlfahrtspflege.

Zur Verwirklichung seiner satzungsgemäßen Aufgaben bedient sich der BVN der ProSenis GmbH, deren Zweck - insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Behinderteneinrichtungen - die Erfüllung mildtätiger, gemeinnütziger und sozialer Aufgaben ist.

In ihren Senioreneinrichtungen verfolgt die ProSenis GmbH das Ziel, pflege- und hilfebedürftigen Menschen auch im Alter bei der Bewältigung der täglichen Probleme, Mithilfe anzubieten. Hierdurch soll in vertrauter Umgebung ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

Blinden und sehbehinderten Menschen, sowie Menschen mit Mehrfachbehinderungen wird Betreuung in speziell für sie konzipierten Einrichtungen angeboten. Die ProSenis GmbH steht ihnen mit besonderen Hilfen zur Förderung und Unterstützung in allen Lebensbereichen zur Seite. Hierzu gehört u. a. das Erreichen einer weitest gehenden Selbstständigkeit, wie auch Maßnahmen zur Integration in die Gesellschaft.

Die Altstadtresidenz ist Teil eines modernen Dienstleistungsunternehmens und wird als solche im Geiste seiner Philosophie und seines Pflegeleitbildes unter Wahrung der Würde der ihr anvertrauten Bewohner geführt.

Die Grundlagen dieses Vertrages sind:

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
- Sozialgesetzbuch V. Buch, XI. Buch und XII. Buch
- Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) und die dazu ergangenen Verordnungen bzw. die noch geltenden, nach Heimgesetz ergangenen Verordnungen
- Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (SbStG)

Die Trägerin wurde durch Abschluss eines Versorgungsvertrages gemäß § 72 SGB XI durch die Pflegekassen zur Erbringung vollstationärer Pflegeleistungen nach §§ 42, 43 SGB XI zugelassen.

Der Inhalt des Versorgungsvertrages, die Bestimmungen der Entgeltvereinbarungen sowie die Regelungen des Rahmenvertrages in der jeweils gültigen Fassung gemäß § 75 SGB XI sind verbindlich. (Einsicht in der Verwaltung)

Die Trägerin ist gemäß §§ 113 und 113 a SGB XI verpflichtet, die in den Grundsätzen und Maßstäben zur Qualitätssicherung niedergelegten Standards einzuhalten.

Der Bewohner hat das Recht, sich über die Ergebnisse interner und externer Qualitätssicherungsmaßnahmen zu informieren.

Der Bewohner wird darauf hingewiesen, dass es bei ausstehenden Verhandlungen zu einer späteren Änderung gemäß § 7 WBVG (Leistungspflichten) kommen kann, was eine spätere Änderung des Wohn- und Betreuungsvertrages gemäß § 9 WBVG (Entgelterhöhung bei Änderung der Berechnungsgrundlage) zur Folge haben kann.

Die Trägerin hat dem Bewohner vor dem Vertragsabschluss in einfacher und verständlicher Sprache in Textform über sein allgemeines Leistungsangebot und über den wesentlichen Inhalt seiner für den Bewohner in Betracht kommenden Leistungen informiert. Diese Information gilt als Geschäftsgrundlage für den Wohn- und Betreuungsvertrag.

Die Trägerin hat den Bewohner davon in Kenntnis gesetzt, dass sich die Rahmenbedingungen für einen Wohn- und Betreuungsvertrag durch eine Anpassung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes ändern können.

Vor diesem Hintergrund werden die nachfolgenden Rechte und Pflichten der Vertragspartner vereinbart:

§ 1 Leistungsumfang

Die Leistungen orientieren sich vornehmlich an den vorgenannten Zielen und an der konkreten Lebenssituation des Bewohners. Zur Sicherung der Qualität der Pflege und Betreuung, des Wohnens und der hauswirtschaftlichen Versorgung betreibt die Trägerin ein Qualitätsmanagement. Im Rahmen dieser Maßgaben gewährt die Trägerin dem Bewohner folgende Regelleistungen:

- Wohnen/ Unterkunft
- Verpflegung
- pflegerische Versorgung
- hauswirtschaftliche Versorgung
- soziale Betreuung

Darüber hinausgehende weitere Leistungen sind grundsätzlich kostenpflichtig. Sie sind zwischen dem Bewohner und der Trägerin gesondert zu vereinbaren. Nach der Philosophie der Trägerin werden viele Leistungen, die als Zusatzleistung angeboten werden könnten, als Regelleistung vorgehalten. Wir verweisen auf § 2 Weitere Leistungen.

1 Wohnen/ Unterkunft

Die Altstadtresidenz verfügt über 90 Wohn- und Pflegeplätze, aufgeteilt in 56 Einzel- und 17 Doppelzimmer. Die Einrichtung ist in 3 Wohnbereiche (WB) gegliedert:

- (1) der WB Luna im EG verfügt über 12 Plätze,
der WB Gorch Fock 1 im 1. OG verfügt über 11 Plätze,
- (2) der WB Gorch Fock 2 im 1. OG verfügt über 29 Plätze,
- (3) der WB Passat Deck 1 und 2 im 2. OG verfügt über 38 Plätze.

In jedem Wohnbereich befinden sich neben den Duschbädern der Bewohnerzimmer ein mit einer höhenverstellbaren Badewanne ausgestattetes Pflegebad, Wäsche und Lagerräume und ein Dienstzimmer. Ergänzend dazu ist der Wohnbereich Passat im 2. OG mit einem zusätzlichen Zimmer ausgestattet, welches ggf. bei infektiösen Erkrankungen der Bewohner vorübergehend als Krankenzimmer genutzt werden kann. Im Erdgeschoss befinden sich die Büros der Verwaltung, das Büro der Pflegedienstleitung, das Büro der Einrichtungsleitung, das Restaurant, eine Außenterrasse, das Gesellschaftszimmer, das Kreativzentrum und die hauseigene Küche.

- 1.1 Die Trägerin bietet dem Bewohner einen Wohnraum, der nach Absprache mit der Einrichtungsleitung mit eigenen Möbeln individuell eingerichtet werden kann. Für eigenes Mobiliar wird ein Inventarverzeichnis angelegt. In Doppelzimmern steht jedem Bewohner unter Wahrung der Privatsphäre, ein ihm eindeutig zugeordneter Bereich zur Verfügung.
- 1.2 Dem Bewohner wird ein Bett in einem Einzelzimmer mit der Nummer ____ überlassen. Es hat eine Größe von ____ qm und befindet sich im ____geschoss, auf Wohnbereich ____.
- 1.3 Der Wohnraum ist ausgestattet mit:
- elektrischem Pflegebett
 - Kleiderschrank (incl. verschließbarem Wertfach)
 - Nachttisch
 - Decken- bzw. Wandbeleuchtung
 - Telefon-, Rundfunk- u. Fernsehanschluss (Satellitenanlage)
 - Schwesternrufanlage
 - Gardinen/ Vorhängen
 - Bad mit WC und Dusche – außer im Erdgeschoss Zimmer 1 und 3-12; hier gibt es keine Dusche
 - im Doppelzimmer Badanteil mit WC und Dusche
 - _____

Die den Zimmern unmittelbar zugeordneten Bäder sind jeweils ausgestattet mit:

- 1 Waschbecken
 - Spiegel (mit Beleuchtung)
 - Regalablagen
 - 1 Duschvorrichtung mit Haltegriffen
 - 1 Toilette mit Haltegriffen
 - Schwesternrufanlage
- 1.4 Ein Wohnraumwechsel innerhalb der Einrichtung kann nur in Abstimmung mit dem Bewohner erfolgen.
- 1.5 In den Kosten für die Unterkunft sind sämtliche Versorgungskosten wie z. B. für Heizung, Wasser und Strom enthalten.
- 1.6 Durch den Abschluss dieses Vertrages erwirbt der Bewohner ein Hausrecht für den gemieteten Wohnraum. Ein Recht zur Untervermietung besteht nicht. Insbesondere ist der Bewohner nicht berechtigt, andere Personen als Mitbewohner aufzunehmen oder den Wohnraum Dritten zu überlassen.
- 1.7 Die Aufstellung und Benutzung elektrischer sowie sonstiger Geräte ist grundsätzlich erlaubt. Die Aufstellung und Benutzung elektrischer Heiz- und Kochgeräte ist generell mit der Einrichtungsleitung abzusprechen. Die nach Berufsgenossenschaft-Verordnung (BGV A3) vorgeschriebene Prüfung aller elektrischen Geräte hat durch den Bewohner zu erfolgen. (Siehe auch § 2.1)
Die Trägerin behält sich jedoch vor, die Erlaubnis zu widerrufen, wenn im Einzelfall eine erhebliche Gefahr damit verbunden ist.

- 1.8 Änderungen an dem Wohnraum oder Eingriffe in diesen dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Trägerin ausgeführt werden. Der Bewohner ist ohne Zustimmung der Trägerin nicht berechtigt, an baulichen oder technischen Einrichtungen, wie Klingelanlage (Schwesternruf), Telefon, Lichtanlage, Gemeinschaftsantennen usw., Änderungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen.
- 1.9 Nicht in den Leistungen enthalten sind die Kosten für den eigenen Telefonanschluss. Die Gebühren für bewohnereigene Rundfunk- und Fernsehgeräte richten sich nach dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag.
- 1.10 Der Bewohner kann das Recht aus diesem Vertrag nicht auf Dritte übertragen.
- 1.11 Dem Bewohner können folgende Schlüssel übergeben werden:
Zimmer- und Haustürschlüssel, Wertfachschlüssel.
Die Schlüsselaushändigung erfolgt gegen Quittung.
- 1.12 Nicht zur Schließanlage gehörende Schlösser oder sonstige Schließmöglichkeiten dürfen aus Sicherheitsgründen nicht angebracht werden. Der Bewohner darf von den ihm übergebenen Schlüsseln (Ziffer 1.11) keine Nachschlüssel fertigen lassen.
- 1.13 Sämtliche Schlüssel sind Eigentum der Trägerin. Sie sind bei Beendigung des Vertragsverhältnisses vollzählig zurückzugeben. Der Verlust von Schlüsseln ist der Einrichtungsleitung umgehend mitzuteilen. Die Ersatzbeschaffung erfolgt ausschließlich durch die Einrichtungsleitung und zu Lasten des Bewohners.
- 1.14 Zur Verhütung von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung können Räume, die dem Hausrecht des Bewohners unterliegen, im Rahmen der Heimüberwachung jederzeit betreten werden. Der Bewohner hat die Maßnahmen zu dulden. In allen übrigen Fällen bedarf es der Zustimmung des Bewohners.
- 1.15 Das Rauchen ist grundsätzlich in Bewohnerzimmern und in besonders ausgewiesenen Gemeinschaftseinrichtungen gestattet. Nicht gestattet ist das Rauchen in unmittelbarer Nähe der mit der Brandmeldeanlage verbundenen Rauchmelder und ggf. in Doppelzimmern aus Rücksicht auf Nichtraucher.
- 1.16 Die Haltung von Kleintieren ist generell mit der Einrichtungsleitung abzusprechen. In Doppelzimmern bedarf es zusätzlich der Abstimmung mit dem jeweils anderen Bewohner.

2 Gemeinschaftseinrichtungen

- 2.1 Die Einrichtung bietet dem Bewohner folgende Räumlichkeiten zur Begegnung und Teilnahme am Gemeinschaftsleben des Hauses:
- Eingangshalle
 - Sitzgruppen in den Flurbereichen
 - Restaurant und Veranstaltungsräume
 - Terrassen bzw. Balkone
 - Raum zur besonderen Verfügung
 - Raucherzimmer

- 2.2 Der Bewohner kann die Gemeinschaftsräume auch für private Zwecke nutzen. Eine private Nutzung bedarf jedoch der vorherigen Abstimmung mit der Einrichtungsleitung. (siehe § 2.2)

3 Leistungen der Hauswirtschaft

- 3.1 Die Einrichtungsleitung ist verantwortlich für die Gestaltung einer wohnlichen Atmosphäre im Haus, für die Pflege der Bewohnerzimmer, Gemeinschaftseinrichtungen, Verkehrsflächen und Außenanlagen, für die Beratung der Bewohner in hauswirtschaftlichen Angelegenheiten sowie für die Wäscheversorgung.
- 3.2 Die Reinigung der Bewohnerzimmer und Vorräume erfolgt werktäglich. Der Reinigungsservice umfasst die Reinigung des Wohnraumes und der Gemeinschaftsflächen sowie der übrigen Räume, Flächen und Fenster in Form von Unterhalts-, Sicht- und Grundreinigungen.
- 3.3 Die Einrichtung überlässt dem Bewohner die erforderliche Bettwäsche, Handtücher und Waschlappen. Eigene Flachwäsche kann von dem Bewohner zur individuellen Nutzung mitgebracht werden. Diese und die persönliche Leibwäsche und Oberbekleidung muss namentlich gekennzeichnet sein. Die entsprechende Kennzeichnung erfolgt durch die Einrichtung.
- 3.4 Die Wäscheversorgung umfasst die Bereitstellung, Instandsetzung und Reinigung der von dem Unternehmer zur Verfügung gestellten Wäsche, sowie das maschinelle Waschen und maschinelle Bügeln der persönlichen Bekleidung im üblichen Umfang. Diese Verpflichtung umfasst nicht die chemische Reinigung bzw. Handwäsche der persönlichen Bekleidung.
- 3.5 Der Bewohner kann seinen Wohnraum individuell gestalten. Die Pflege der eigenen Blumen und Pflanzen liegt in der Verantwortung des Bewohners.

4 Leistungen der Küche

- 4.1 Die Einrichtung bietet täglich drei altersgerechte Hauptmahlzeiten: Frühstück, Mittagessen und Abendessen. Beim Mittagessen kann zwischen zwei Gerichten gewählt werden, die auch für Diabetiker und Vegetarier geeignet sind.
Der Speiseplan für die jeweilige Woche wird auf den Wohnbereichen ausgegeben.

Die drei Hauptmahlzeiten werden im Restaurant im Erdgeschoss oder in den Wohnbereichen, im Krankheitsfall auch auf dem Zimmer, zu folgenden Zeiten serviert:

Kernspeisezeiten:

- | | |
|--|-----------------------------------|
| • Frühstück | in der Zeit von 7.30 – 9.30 Uhr |
| • Zwischenmahlzeit | in der Zeit von 10.30 – 11.00 Uhr |
| • Mittagessen | in der Zeit von 11.30 – 13.00 Uhr |
| • Kaffee/ Tee und Kuchen/ Gebäck | in der Zeit von 14.30 – 16.00 Uhr |
| • Abendessen | in der Zeit von 17.30 – 19.00 Uhr |
| • Spät-/ bzw. Nachtmahlzeit
nach individuellen Bedarf | in der Zeit von 22.00 - 22.30 Uhr |

- 4.2 Zu den Mahlzeiten und darüber hinaus werden je nach Mahlzeit und Jahreszeit kostenlos, nach Wahl, warme und/oder kalte Getränke angeboten.
- 4.3 Zwischen den Mahlzeiten werden täglich Saft/ Wasser/ Kaffee/ Tee und Kuchen/ Kekse/ Obst oder ähnliches, auch nach ärztlicher Verordnung, angeboten.
- 4.4 Auf ärztliche Verordnung werden Schonkost oder andere Diätformen, wie z. B. spezielle Gluten freie Kost, zubereitet.
- 4.5 Diabetiker erhalten außer der Spätmahlzeit ggf. zusätzlich noch eine Nachtmahlzeit.
- 4.6 Die Ausrichtung persönlicher Feste und Feierlichkeiten kann nach Absprache mit der Einrichtungsleitung in den zur Verfügung gestellten Räumen übernommen werden.

5 Leistungen der Haustechnik

- 5.1 Die Trägerin ist zur Instandhaltung der hauseigenen Anlagen und Einrichtungsgegenstände in den Bewohnerzimmer und sonstigen Räumlichkeiten verpflichtet.
Für die Instandhaltung der persönlichen Einrichtungsgegenstände ist der Bewohner verantwortlich.
Schönheitsreparaturen während der Vertragszeit übernimmt die Trägerin in folgendem Umfang: Streichen und Tapezieren der Wände und Decken und, soweit erforderlich, der Türen, Fenster und Heizkörper.
- 5.2 Während der Vertragsdauer sind folgende haustechnische Leistungen im Entgelt enthalten:
 - Unterstützung beim Ein- und Auszug,
 - Montieren von Lampen,
 - Aufhängen von Bildern,
 - Instandhaltung der hauseigenen Anlagen,
 - Wartung und Instandhaltung der Bewohnerzimmer und Gemeinschaftsräume,
 - Instandhaltung der technischen Anlagen sowie des hauseigenen Inventars,
 - Instandhaltung und Pflege der Außenanlagen.
- 5.3 Sämtliche bauliche Veränderungen seitens des Bewohners, z.B. an elektrischen und sanitären Anlagen, dürfen nur im Einvernehmen mit der Trägerin erfolgen. Gleiches gilt für das Anbringen von Sonnenschutzanlagen, wie z. B. Markisen und Rollos.

6 Leistungen der Verwaltung

- 6.1 Die Einrichtung bietet dem Bewohner und deren Angehörigen folgende Leistungen an:
 - a) Beratung und Information: (Verwaltung und Pflege- und Betreuungsdienst)
 - über Möglichkeiten der stationären Betreuung sowie über die Beschaffung von Hilfsmitteln vor Einzug in die Einrichtung und Abschluss des Wohn- und Betreuungsvertrages,
 - über die Kostenermittlung und -abrechnung,
 - über den Umgang mit Ämtern und Behörden,
 - über gesetzliche Grundlagen des Aufenthaltes in der Einrichtung,
 - über die Zusammenhänge und Hintergründe von Entgelterhöhungen,

- Veranstaltung von Angehörigen- und Betreuerabenden
- Aufklärung über verordnungspflichtige Therapieformen (z.B. Logopädie, Krankengymnastik)

b) Verwaltung:

- Abrechnung der Entgelte,
- bei Bedarf Entgegennahme des Barbetrages vom Sozialhilfeträger und Auszahlung an den Bewohner,
- Erstellung der Abrechnung von Zusatzleistungen,
- Abrechnung Taschengeldkonten

c) Service:

- Empfang und Verteilung der Post (bei Ausstellung einer Postvollmacht).

6.2 Auf Wunsch des Bewohners nimmt die Verwaltung die Post entgegen und leitet sie weiter. Hierzu stellt der Bewohner folgende Postvollmacht aus:

- ☐ Die Verwaltung soll die Post entgegennehmen und weiterleiten.
- ☐ Die Verwaltung soll die Post nicht entgegennehmen.

Diese Vollmacht gilt über den Tod hinaus und ist jederzeit widerrufbar.

6.3 Die Trägerin bietet die Entgegennahme und Auszahlung der von den Sozialämtern oder anderen zu Gunsten des Bewohners zu zahlenden Barbeträge an, sofern der Bewohner einen entsprechenden Auftrag hierzu erteilt. Das alleinige uneingeschränkte Verfügungsrecht des Bewohners wird hierdurch nicht berührt.

Der Bewohner stellt hierzu folgende Einverständniserklärung aus:

Herr _____

- im folgenden Bewohner genannt -

vertreten durch Frau / Herrn _____

erklärt hiermit sein Einverständnis gegenüber der
ProSenis GmbH, Altstadtresidenz, Klosterkirchhof 11, 24103 Kiel,

dass die Einrichtung Geldbeträge des Bewohners auf einem eigens für sämtliche Bewohner des Hauses eingerichteten Treuhandkonto (Verwahrgeldsammelkonto) bei der _____

IBAN: _____

BIC: _____

verwalten darf, auf dem Barbeträge und andere Zahlungen der Sozialämter oder anderer Behörden sowie Zahlungen von Angehörigen zu Gunsten der Bewohner eingehen.

Die Einrichtung verpflichtet sich in diesem Zusammenhang für den Bewohner ein eigenes Debitorenunterkonto einzurichten, auf dem sämtliche Geschäftsvorfälle, welche mit baren oder unbaren Zahlungen einhergehen, verbucht und einmal monatlich ausgedruckt werden. Die Ausdrucke können zusammen mit den entsprechenden Belegen jederzeit in der Verwaltung des Hauses eingesehen werden. Auf Wunsch des Bewohners oder ihrer Vertretung werden Kopien zur Verfügung gestellt.

Die Trägerin erklärt seinerseits, dass sämtliche Geldeinlagen bei Insolvenz der Einrichtung geschützt sind und dem Bewohner oder deren Erben erhalten bleiben.

7 Soziale Betreuung

7.1 Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte

Ziel ist es, dem Bewohner einen Lebensraum nach seinen Vorstellungen zu gestalten, der ihm das Führen eines selbstständigen und selbstbestimmten Lebens ermöglicht und ihn zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft innerhalb und außerhalb der Einrichtung motiviert. Gruppenausflüge, aktivierende Gruppenarbeiten und jahreszeitliche Feste sind Bestandteil des Alltagslebens der Pflegeeinrichtung. Die Betreuungsleistung bei der persönlichen Lebensführung und bei der Gestaltung des Alltags wird, soweit möglich, unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes erbracht.

7.2 Kognitive und kommunikative Fähigkeiten

Die Angebote der Einrichtung umfassen insbesondere die basalen geistigen Funktionen und deren Beeinträchtigungen, die in der Regel Auswirkungen auf Aktivitäten oder Lebensbereiche haben. Die Einrichtung stellt das Wissen um die Biographie und den Lebensstil des Pflegebedürftigen sicher und dass die individuellen psychologischen und emotionalen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Im Vordergrund stehen dabei die Schaffung einer Tagesstruktur, deren Angebote handlungsorientiert sind, das Beobachten des pflegebedürftigen Menschen und das Erkennen seiner Realität und die Anpassung der pflegerischen Tätigkeiten an die aktuelle Stimmung.

Die Angebote der Einrichtung im Sinne einer Betreuung in Bezug auf kognitive und kommunikative Fähigkeiten umfassen:

- Orientierung zur Zeit, zum Ort und zur Person,
- Gestaltung des persönlichen Alltags in der Gemeinschaft,
- Unterstützung bei der Erledigung persönlicher Angelegenheiten,
- Bewältigung von Lebenskrisen

7.3 Verhaltensweisen und psychische Problemlagen

Im Rahmen unseres ganzheitlichen Pflegekonzeptes hat die Einrichtung das Ziel, für Bewohner, die ihre wiederkehrend auffälligen Verhaltensweisen und psychischen Problemlagen nicht mehr ausreichend steuern können, Vereinsamung, Apathie, Depressionen, Ängsten und sozial inadäquaten Verhaltensweisen möglichst entgegenzuwirken. Dadurch soll eine Verschlimmerung der Pflegebedürftigkeit vorgebeugt, oder die bestehende Pflegebedürftigkeit gemindert werden.

7.4 Sterbebegleitung

Pflegebedürftige sollen auch die letzte Lebensphase gut versorgt und begleitet in ihrem gewohnten Umfeld verbringen können. Für eine verbesserte palliativmedizinische und pflegerische Versorgung wird eine Vernetzung und Kooperation mit Haus- und Fachärzten, Hospizdiensten, Hospiz- oder Palliativnetzen, oder SAPV-Teams in der Region angestrebt.

7.5 Die Einrichtung bietet ein an den Interessen und Bedürfnissen des Bewohners orientiertes Freizeit- und Kulturprogramm innerhalb und außerhalb der Einrichtung an.

Zum Beispiel:

- Angebote zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben im Haus (Hobby- und Interessengruppen),

- geistliche Betreuung,
- Gruppengymnastik sowie sonstige Aktivprogramme,
- Organisation und Veranstaltung von Ausflügen,
- Veranstaltungsangebote (z.B. Gesprächskreise, Sitzgymnastik, Musiktherapie, Diavorträge, Vorlesungen, Filme, Konzerte und Ausstellungen),
- Orientierungstraining,
- Beratungs- und Gesprächsangebote,
- Anleitung zum strukturierten Tagesablauf,
- Unterstützung der sozialen Integration und zur Teilnahme am kulturellen Leben,
- Vermittlung und Unterstützung von Hospiz- und Palliativdiensten,
- Vermittlung von Krankengymnastik, Ergotherapie, Physiotherapie und logopädischer Behandlung nach ärztlicher Anordnung.

7.6 Die Bewohnervertretung wird an der Programmgestaltung der Freizeit- und Kulturangebote beteiligt. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist in der Regel kostenfrei. Die Höhe der Entgelte für kostenintensive Veranstaltungen wird zuvor mit der Bewohnervertretung abgestimmt und zusammen mit den Veranstaltungshinweisen bekannt gegeben.

7.7 Zusätzliche Betreuung und Aktivierung von Menschen entsprechend § 43b SGB XI

Die zusätzlichen Leistungen können grundsätzlich von allen Bewohnern unserer Einrichtung, Pflegegrad 1 bis 5, in Anspruch genommen werden und erweitern die Betreuung und Aktivierung von Pflegebedürftigen über die Leistungen der Betreuung nach § 1 Punkt 7.1 bis 7.3.

Die zusätzliche Betreuung und Aktivierung wird in Form von Gruppen- und Einzelangeboten erbracht. Als Betreuungs- und Aktivierungsangebote kommen Maßnahmen und Tätigkeiten in Betracht, die geeignet erscheinen, das Wohlbefinden, den physischen Zustand oder die psychische Stimmung der betreuten Menschen positiv beeinflussen.

Eine Einsichtnahme in das Lebensweltkonzept und Konzept der zusätzlichen Betreuung und Aktivierung ist zu den üblichen Bürozeiten in der Verwaltung möglich.

Die Betreuungskräfte Richtlinien nach § 53c SGB XI in der jeweils gültigen Fassung werden eingehalten.

Die zusätzliche Betreuung orientiert sich an den Wünschen und Fähigkeiten der Menschen und umfasst insbesondere:

- Motivation zu Betreuung und Begleitung bei Alltagsaktivitäten
- Gesprächsangebote
- Vermittlung von Sicherheit und Orientierung
- Vermeidung sozialer Isolation durch Gruppenaktivitäten
- Präsenzstrukturen und „Bienchendienste“

Die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes ist selbstverständlich. Dies beinhaltet, dass der Bewohner das zusätzliche Leistungsangebot jederzeit aussetzen oder ablehnen kann.

Der von der zuständigen gesetzlichen Pflegekasse unmittelbar und in voller Höhe zu tragende gesonderte, nicht in den vereinbarten Pflegesätzen enthaltene Vergütungszuschlag nach § 43b SGB XI beläuft sich pro Tag auf 4,10 €.

Für Bewohner, die nicht Mitglied der gesetzlichen Pflegeversicherung sind, wie z.B. Privat versicherte Pflegebedürftige oder Beihilfeberechtigte, gehen für den zu zahlenden Vergütungszuschlag in Vorleistung und können diesen bei ihrem privaten Pflegeversicherungsunternehmen geltend machen, soweit dieses vertraglich vereinbart wurde.

8 Pflege

- 8.1 Art und Inhalt der Pflegeleistungen ergeben sich aus der jeweils gültigen Fassung des Rahmenvertrages gemäß § 75 Abs. 1 SGB XI zur vollstationären Pflege. Die Pflegeleistungen ergeben sich aus der persönlichen Situation des Bewohners, insbesondere aus seinen individuellen Ressourcen und dem aus einer Erkrankung oder Behinderung resultierenden Hilfe- und Pflegebedarf.

Dieser Pflegebedarf kann sich auf die vollständige oder teilweise Übernahme der Verrichtungen des täglichen Lebens beziehen, auf die Unterstützung des Pflegebedürftigen, auf die Anleitung zur selbstständigen Durchführung der Verrichtungen oder auf die Beaufsichtigung. Die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen zur Unterstützung bei körperlich, kognitiv oder psychischen bedingten Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit haben zum Ziel, das die täglichen Verrichtungen eigenständig und in sinnvoller Weise, möglichst vom pflegebedürftigen Menschen selbst, ohne Eigen- oder Fremdgefährdung, ausgeführt werden.

Angeboten werden Regelleistungen bei den

- Hilfen bei der Mobilität
- Hilfen bei der Selbstversorgung (Körperpflege und Ernährung)

Die Regelleistungen ergeben sich aus dem individuellen Bedarf des Bewohners, der im Rahmen seiner mit ihm abzustimmenden Pflegeplanung ermittelt wird. Die Trägerin verpflichtet sich, eine Pflegedokumentation zu führen, die Umsetzung der Pflegeplanung aufzuzeichnen, die aufgezeichneten Daten sechs Jahre aufzubewahren und nach Ablauf der 6-Jahres-Frist zu löschen. Die nach heimrechtlichen Vorschriften zuständige Aufsichtsbehörde und der Medizinische Dienst der Krankenkassen hat mit Zustimmung des Bewohners ein Einsichtsrecht in diese Aufzeichnungen.

- 8.2 Das Ziel der Pflege besteht zum einen darin, dem Bewohner Hilfe zur Erlangung und/oder der Erhaltung seiner größtmöglichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu geben und zum anderen den Grad der Pflegebedürftigkeit nach Möglichkeit zu mindern oder zumindest einer nachteiligen Veränderung vorzubeugen.
- 8.3 Die Erbringung der Hilfe- und Pflegeleistungen erfolgt vor dem Hintergrund der Biographie des Bewohners und ist somit an seinen Lebensgewohnheiten und persönlichen Bedürfnissen orientiert.
- 8.4 Die Leistungen der allgemeinen Pflege werden nach dem allgemein anerkannten Stand der medizinisch- pflegerischen Erkenntnisse erbracht. Die in diesem Zusammenhang einbezogenen Standards, die Pflegeplanung und Pflegedokumentation können von dem Bewohner oder einer Person seines Vertrauens eingesehen werden.

Ändert sich der Pflege- und Betreuungsbedarf des Bewohners, dann muss die Einrichtung eine entsprechende Anpassung der Leistung anbieten. Die Einrichtung hat das Angebot zur Anpassung des Vertrages des Bewohners durch Gegenüberstellung der bisherigen und der angebotenen Leistungen sowie der dafür jeweils zu entrichtenden Entgelte schriftlich darzustellen und zu begründen. Führt ein veränderter Pflege- und Betreuungsbedarf dazu, dass der Bewohner einem anderen Pflegegrad zuzuordnen ist, so ist die Bewohner oder seine Bevollmächtigten verpflichtet, bei seiner Pflegekasse die Zuordnung zu einem höheren Pflegegrad zu beantragen. Weigert sich der Bewohner den Antrag zu stellen, kann die Einrichtung ihm oder seinem Kostenträger ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach der Aufforderung vorläufig den Pflegegrad nach der nächsthöheren Pflegeklasse berechnen. Werden die Voraussetzungen für einen höheren Pflegegrad vom Medizinischen Dienst nicht bestätigt und lehnt die Pflegekasse eine Höherstufung deswegen ab, so hat die Einrichtung dem Bewohner oder seinem Kostenträger den überzahlten Betrag unverzüglich zurückzuzahlen.

- 8.5 Der Bescheid der Pflegekasse über die Festlegung des Pflegegrades ist der Einrichtungsleitung unverzüglich zur Kenntnis zu geben.
- 8.6 Die Einrichtung hat ihre Leistungen dem veränderten Pflege- oder Betreuungsbedarf des Bewohners anzupassen. Sowohl die Einrichtung als auch der Bewohner können die erforderlichen Änderungen dieses Vertrages verlangen. Die Änderungen müssen den auf Grund des 7. und 8. Kapitels des SGB XI getroffenen Regelungen entsprechen.
- 8.7 Die im Folgenden aufgeführten Hilfe- (Pflege-) Leistungen beziehen sich auf die vollständige oder teilweise Übernahme der Verrichtungen des täglichen Lebens oder auf die Unterstützung der Pflegebedürftigen, die Anleitung zur selbständigen Durchführung der Verrichtungen oder Beaufsichtigung zum Schutz vor möglicher Selbst- oder Fremdgefährdung:
- Hilfen bei der Körperpflege und Hautpflege:
 - das Waschen, Duschen, Baden,
 - die Zahn-, Prothesen- und Mundpflege,
 - das Kämmen und Herrichten der Tagesfrisur,
 - einfache Nagelpflege, wenn dieses nicht risikobehaftet ist,
 - das Rasieren, incl. Gesichtspflege,
 - An- und Auskleiden.
 - Hilfen bei der Nahrungsaufnahme:
 - die Ermittlung des Bedarfes und der Bedürfnisse,
 - die mundgerechte Zubereitung der Nahrung,
 - Unterstützung bei der Aufnahme von Mahlzeiten und Getränken incl. anschließender Hygienemaßnahmen, wie Mundpflege, Händewaschen, Säubern/ Wechseln der Kleidung.
 - Hilfen bei der Mobilität incl. der Nutzung von Hilfsmitteln:
 - Aufstehen und Zubettgehen,
 - Ermunterung und Hilfestellung bei bettlägerigen oder auf den Rollstuhl angewiesenen Pflegebedürftigen zum Aufstehen und sich bewegen,
 - Betten und Lagern, Lagewechsel,
 - Gehen, Stehen, Treppensteigen,
 - Fortbewegung, Verlassen und Wiederaufsuchen der Einrichtung.

Zum Erhalt und zur Förderung einer selbstständigen Lebensführung sowie zur Erleichterung der Pflege und Linderung der Beschwerden des Pflegebedürftigen sind (Pflege-)Hilfsmittel und technische Hilfen gezielt einzusetzen.

Die Einrichtung hält die für die Pflege und soziale Betreuung des Bewohners notwendigen Hilfsmittel vor, soweit diese nicht von anderen vorrangig verpflichteten Leistungsträgern gestellt werden (z. B. gesetzliche oder private Krankenkassen).

Der individuelle Anspruch des Bewohners begründet sich gem. § 33 SGB V.

- Verrichtungen im Zusammenhang mit Ausscheidungen
 - Unterstützung im selbstverständlichen Umgang mit dem Thema „Ausscheidungen“
 - Darm- und Blasenentleerung
 - Umgang mit Dauerkatheter und Stoma
 - Kontinenz Training

Die für den Bewohner notwendigen körpernahen Inkontinenzhilfen werden von einem externen Hilfsmittellieferanten geliefert und abgerechnet. Die Abrechnung erfolgt jeweils zum Monatsende. Zwischen dem Hilfsmittellieferanten und den Krankenkassen wurde eine Inkontinenzpauschale vereinbart. Bewohner, die nicht Mitglied der sozialen Pflegeversicherung sind, z.B. privat versicherte Pflegebedürftige oder Beihilfeberechtigte, gehen für die zu zahlende Pauschale in Vorleistung und können den Betrag bei ihrer privaten Krankenversicherung oder Beihilfestelle geltend machen.

Der Bewohner hat als Eigenanteil zurzeit eine Zuzahlung in Höhe von 10 % der vereinbarten Inkontinenzpauschale zu leisten zzgl. einen evtl. Mehrverbrauch der die Pauschale der Krankenkasse übersteigt. Der Eigenanteil wird dem Bewohner von dem Lieferanten in Rechnung gestellt, sofern der Bewohner, als Mitglied der gesetzlichen Pflichtversicherung, nicht von der Zuzahlung befreit ist.

8.8 Bewohner ohne Pflegegrad haben keinen Anspruch auf Leistungen nach SGB XI.

9 Bewältigung von und selbständiger Umgang mit Krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen

9.1 Medizinische Behandlungspflege

9.1.1 Neben den pflegebedingten Regelleistungen und der sozialen Betreuung erbringt die Trägerin seit dem 01.07.1996 in der Fassung vom 01.07.2008 die bisherigen Leistungen der medizinischen Behandlungspflege gemäß § 43 Abs. 2 und 3 SGB XI weiter, soweit diese nicht von den behandelnden Ärzten des Bewohners erbracht werden.

9.1.2 Bei den Leistungen der medizinischen Behandlungspflege handelt es sich um delegierte und angeordnete Aufgaben von Ärzten an die Pflegekräfte der Einrichtung. Die Pflegekräfte unterstützen die Ziele der ärztlichen Behandlung durch pflegerische Maßnahmen und führen ärztlich veranlasste und verordnete Maßnahmen durch, sofern sie dafür ausreichend qualifiziert sind. Beides, Anordnungen und deren Durchführung, werden im Dokumentationssystem festgehalten.

9.1.3 Der Umfang der Leistungen der medizinischen Behandlungspflege ergibt sich aus dem Rahmen- und Versorgungsvertrag. Darüber hinausgehende Leistungen dürfen nur durch die behandelnden Ärzte erbracht werden.

Die Erbringung der Leistung bedingt, dass:

- die Behandlungspflege vom Arzt veranlasst ist und in der Dokumentation entsprechend festgehalten wird,
- die persönliche Durchführung durch einen Arzt nicht erforderlich ist und
- die Mitarbeiter fachlich zur Durchführung befähigt sind.

9.1.4 Anspruch der medizinischen Behandlungspflege haben alle Bewohner bei denen gemäß SGB XI eine Pflegebedürftigkeit der Pflegegrade 1 bis 5 durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen festgestellt wurde.

9.1.5 Für mitgebrachte Medikamente, die bereits gestellt (vorbereitet) oder angebrochen sind, übernimmt die Einrichtung keine Verantwortung. Zur Verabreichung der Medikamente ist die Vorlage einer schriftlichen ärztlichen Verordnung erforderlich. Die Einrichtung übernimmt lediglich die Verantwortung über das korrekte Verabreichen der Medikamente durch Pflegefachkräfte.

9.2 Therapeutische Leistungen

9.2.1 Die Möglichkeiten der Rehabilitation sind Bestandteil der Pflegeplanung. Zur Sicherung des Rehabilitationserfolges arbeiten die Pflegekräfte der Einrichtung mit den behandelnden Ärzten und Therapeuten zusammen. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen zur Sicherung der Ziele ärztlicher Behandlung, wie:

- spezielle pflegerische Prophylaxen und
- rehabilitative, therapeutische Maßnahmen (z. B. Orientierungstraining für sehbehinderte und blinde Personen durch Mobilitätstrainer oder krankengymnastische Behandlung sowie Ergotherapie und Logopädie).

9.2.2 Therapeutische Behandlungen sind jedoch nicht Bestandteil dieses Vertrages. Sie werden nach ärztlicher Verordnung durch externe Therapeuten erbracht und durch diese aufgrund von Versorgungsverträgen mit den Krankenkassen abgerechnet.

9.2.3 Die Einrichtung vermittelt dem Bewohner zur Vermeidung und zur Minderung der Pflegebedürftigkeit Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation.

10 Individuelles Leistungsspektrum

Das zu den Punkten 4 bis 10 individuell vereinbarte Leistungsspektrum ergibt sich aus der mit dem Bewohner abgestimmten Pflege- und Betreuungsplanung, deren Umsetzung dokumentiert wird. Der Umfang der Leistungen wird den sich verändernden Bedürfnissen angepasst.

§ 2 Weitere Leistungen

Zusatzleistungen gemäß § 88 SGB XI sind preislich bezifferte, regelhafte Leistungsangebote der Einrichtung, die über den Heimvertrag frei wählbar, bzw. jederzeit abwählbar sind, die insbesondere Komfortleistungen bei Unterkunft und Verpflegung oder zusätzliche pflegerisch-betreuende Leistungen darstellen. Sollte die Einrichtung Zusatzleistungen anbieten, dann müssen die Leistungsbedingungen (u.a. Höhe der gesondert ausgewiesenen Zuschläge) dargestellt und dem Bewohner mitgeteilt werden. Sollten Zusatzleistungen gemäß § 88 SGB XI angeboten werden, dann sind diese vorab den Landesverbänden der Pflegekassen, dem Landesamt für Soziales, Jugend und Familie Schleswig-Holstein und dem örtlich zuständigen Träger der Sozialhilfe vorab mitgeteilt worden.

Weitere Leistungen sind nicht Bestandteil der Pflegevergütung. Sie werden nicht von den Pflegekassen übernommen und sind in aller Regel auch nicht geeignet eine Zahlungspflicht des Sozialhilfeträgers auszulösen. Zusatzleistungen sind allein mit dem Bewohner zu vereinbaren. Davon nicht betroffen sind Zusatzleistungen gemäß § 43 b SGB XI.

1 Zusatzleistungen sind:

- Elektroprüfung nach BGV A 3 für bewohnereigene Geräte 3,50 € pro Stück, (Die Elektroprüfung nach BGV A 3 muss alle 2 Jahre erneuert werden).,
- Bereitstellung eines Telefonanschlusses mit Telefon monatlich 6,60 € incl. MwSt.,
- Zimmerservice, obwohl an der Gemeinschaftsverpflegung teilgenommen werden kann und sofern nicht pflegerisch notwendig,
- Persönliche Begleitung zu Arztbesuchen, soweit eine Begleitung nicht pflegerisch notwendig aber von dem Bewohner gewünscht wird.

2 Anlassbezogene Leistungen sind:

- Auslagenersatz für Geschäftsbesorgungen,
- Extra-Hilfen beim Einzug oder Auszug in die / aus der Einrichtung,
- Auslagenersatz für Ausflüge/Ausstellungen/externe Veranstaltungen/Eintritt,
- Zusätzliche Verpflegung für Besucher und Feiern, je nach Aufwand.

3 Leistungen durch Dritte sind:

- Chemische Reinigung,
- Eintrittsgelder für Veranstaltungen,
- Telefonanschluss und Telefongebühren,
- Möbelentsorgung,
- Friseurleistungen,
- Maniküre/Pediküre,
- Schneiderarbeiten.

Die Preisliste hängt auf den einzelnen Wohnbereichen aus und kann jederzeit in der Verwaltung eingesehen werden.

§ 3 Entgelte

- 1 Die Entgelte für die Leistungen sind für alle Bewohner nach einheitlichen Grundsätzen bemessen und gelten für sämtliche Plätze gleichermaßen. Der Einzugstag wird voll berechnet.

- 2 Die täglichen Entgelte werden aufgrund von Vergütungsverhandlungen nach dem 8. Kapitel SGB XI für den jeweils kommenden Zeitraum zwischen der Trägerin und beteiligten Pflegekassen, sowie den örtlichen Trägern der Sozialhilfe und entsprechend dem Rahmenvertrag gemäß § 75 SGB XI festgelegt (Entgeltvereinbarung) und durch Neufestsetzung der gesondert berechenbaren Investitionskosten gemäß § 83 Abs. 3 und 4 SGB XI vereinbart.

- 3 Der Bewohner bzw. ein von ihm Bevollmächtigter oder gesetzlicher Betreuer hat das Recht, die Entgeltvereinbarung und den Förderbescheid über die Investitionskosten in der jeweils gültigen Fassung in der Verwaltung zu den üblichen Geschäftszeiten einzusehen.

- 4 Die Entgelte auf der Grundlage der Entgeltvereinbarungen und Vergütungsverträge mit den Leistungsträgern betragen zurzeit für:

a. Unterkunft und Verpflegung (U+V)
(Leistungen der Hauswirtschaft, der Haustechnik und der Verwaltung)

aa) Unterkunft
täglich 12,90 € einheitlich für alle Pflegegrade.

ab) Verpflegung (incl. Beköstigungssatz)
täglich 11,29 € einheitlich für alle Pflegegrade.

Der Beköstigungssatz beträgt täglich 4,86 € einheitlich für alle Pflegegrade.

Nimmt der Bewohner wegen Sondennahrung nicht an der normalen Verpflegung teil, so erfolgt eine Kürzung des Entgeltes in Höhe des Beköstigungssatzes.

b. Allgemeine Pflegeleistungen
incl. der medizinischen Behandlungspflege und sozialen Betreuung in den Pflegegraden:

			Einrichtungseinheitlicher Eigenanteil (EEE)
1	täglich	31,81 €	täglich 0,00 €
2	täglich	39,55 €	täglich 14,23 €
3	täglich	55,72 €	täglich 14,23 €
4	täglich	72,58 €	täglich 14,23 €
5	täglich	80,14 €	täglich 14,23 €

c. Investitionskosten
täglich 18,63 € einheitlich für alle Pflegegrade.

d. Das Gesamtentgelt (ohne Zusatzleistungen) beträgt gemäß Pflegegrad ____
täglich _____
monatlich _____ (Tagessatz x 30,42 Tage)

abzgl. Pauschale der Pflegekasse i. H. von **125,00**
(gilt nur bei Anerkennung des Pflegegrades ____)

- e. verbleibender Eigenanteil: Euro ____*
+ ggf. Telefonkosten/Zusatzleistungen

* Der in Rechnung gestellte Eigenanteil verändert sich bei Beihilfeberechtigung.

Die monatliche Abrechnung des Pflegesatzes, der Entgelte für Unterkunft, Verpflegung, des Entgelts für Investitionsaufwendungen und des Entgelts für zusätzliche Betreuung und Aktivierung erfolgt unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der Kalendertage eines Monats unter Zugrundelegung des Abrechnungsfaktors von 30,42 Tagen/Monat.

- 5 Der Bewohner trägt die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, für allgemeine Pflegeleistungen sowie die Investitionsfolgekosten und die Kosten für evtl. Zusatzleistungen.
- 6 Bei ergänzendem Bezug von Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege gemäß § 61 SGB XII) werden die nicht von der Pflegekasse und nicht von dem Bewohner selbst entrichteten Entgelte mit dem zuständigen Sozialhilfeträger auf der Grundlage der Entgeltvereinbarung unmittelbar abgerechnet. Der Bewohner beauftragt die Einrichtung insofern zur Abrechnung mit dem zuständigen Sozialamt. Der Sozialhilfeträger kann aufgrund des SGB XII einen Kostenbeitrag von dem Bewohner oder seinen Angehörigen verlangen.
- 7 Führt ein veränderter Pflegebedarf dazu, dass der Bewohner aufgrund des Gutachtens eines Medizinischen Dienstes der Krankenkassen einem anderen Pflegegrad zugeordnet wird, so ist dem Bewohner nach Zugang des neuen Leistungsbescheides der Pflegekasse die Höhe des neuen Entgeltes für die Pflegeleistung schriftlich mitzuteilen und die geänderten Kosten rückwirkend ab dem Datum der Pflegegradänderung in Rechnung zu stellen. Eine entsprechende Zusatzvereinbarung zum Vertrag wird erstellt.
- 8 Für Bewohner, die nicht Mitglied der sozialen Pflegeversicherung sind, wie z. B. privat Versicherte oder Beihilfeberechtigte, gelten gleichfalls diejenigen Entgelte, die nach Maßgabe des SGB XI mit den Trägern der sozialen Pflegeversicherung und den Sozialhilfeträgern vereinbart sind. Dies schließt die nachträgliche Berechnung für bereits abgelaufene Zeiträume mit ein.
- 9 Entsteht durch Kündigung oder Ableben des Bewohners ein Kostenerstattungsanspruch des Bewohners oder dessen Erben gegenüber der Einrichtung, so ist der Betrag spätestens drei Monate nach Kündigung oder Ableben fällig.
Wir verweisen auf § 12.
- 10 Der Einrichtung ist es untersagt, sich von dem Bewohner oder zu Gunsten des Bewohners Geld oder geldwerte Leistungen über das nach Punkt 4 vereinbarte Entgelt hinaus versprechen oder gewähren zu lassen.

§ 4 Fälligkeit und Zahlung der Entgelte

- 1 Die Entgelte für die Regelleistungen sind monatlich im Voraus jeweils bis zum dritten Werktag eines Monats auf das Konto der Einrichtung bei der Bank für Sozialwirtschaft, zu überweisen.

IBAN: ____ **BIC:** ____

Der Bewohner erteilt der Trägerin hierzu ein SEPA-Lastschriftmandat.
(gesondertes Formular)

- 2 Entgelte für Zusatzleistungen sind innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung zur Zahlung fällig.
- 3 Für Bewohner, die nicht Mitglied einer sozialen Pflegeversicherung sind, tritt an die Stelle des Sachleistungsprinzips das Kostenerstattungsprinzip. Mit dem Bewohner rechnet die Trägerin auch die Kosten für die allgemeinen Pflegeleistungen unmittelbar ab.

Die Ansprüche (Rente/Private Krankenkasse/Beihilfe) können an die Einrichtung abgetreten werden.

Wir weisen darauf hin, dass mit Datum der tatsächlichen Aufnahme in der Einrichtung sämtliche Kosten der in § 3 des vorgelegten Wohn- und Betreuungsvertrages beschriebenen Entgelte selbst zu übernehmen sind, sofern kein anderer Kostenträger dafür aufkommt.

Der zukünftige Bewohner wurde aufgrund des vorliegenden Pflegegrades über die Höhe des derzeitigen pauschalen Zuzahlungsbetrages der Pflegekasse bei vollstationärer Pflege gemäß § 43 SGB XI informiert sowie über die Möglichkeit der Beantragung eines Pflegegeldes gemäß § 6, Absatz 4 Landespflegegesetz SH (LPflegeG) durch die Einrichtung.

In Abhängigkeit von der Einkommens- und Vermögenssituation und mit Blick auf mögliche Entgelterhöhungen in der Zukunft, wurde der zukünftige Bewohner auf die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit hingewiesen, beim zuständigen Sozialamt einen Antrag auf "Hilfe zur Pflege" gemäß § 61 SGB XII fristgerecht zu stellen. In diesem Zusammenhang wurde auch der sozialhilferechtliche Begriff des "vergangenen Bedarfs" erläutert.

§ 5 Entgelterhöhungen

- 1 Die Entgelte werden in der Vergütungsvereinbarung festgelegt und müssen dieser entsprechen. Bei Änderung der Vergütungsvereinbarungen haben sowohl der Bewohner als auch die Trägerin Anspruch auf Anpassung dieses Vertrages.
- 2 Die Trägerin kann eine Erhöhung des Entgeltes verlangen, wenn sich die bisherige Berechnungsgrundlage verändert und sowohl die Erhöhung als auch das erhöhte Entgelt angemessen sind. Entgelterhöhungen aufgrund von Investitionsaufwendungen sind nur zulässig, soweit sie nach der Art der Einrichtung betriebsnotwendig sind und nicht durch öffentliche Förderung gedeckt werden.
- 3 Aus der Mitteilung muss der Zeitpunkt hervorgehen, zu dem die Trägerin die Erhöhung verlangt. In der Begründung muss die Trägerin unter Angabe des Umlagemaßstabs die Positionen benennen, für die sich durch veränderte Berechnungsgrundlage Kostensteigerungen ergeben. Die bisherigen Entgeltbestandteile werden den vorgesehenen neuen Entgeltbestandteilen gegenübergestellt.
- 4 Der Bewohner erhält Gelegenheit, die Angaben der Trägerin durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu überprüfen.

- 5 Der Bewohner schuldet das erhöhte Entgelt frühestens vier Wochen nach Zugang des hinreichend begründeten Erhöhungsverlangens.
- 6 Bei schriftlicher Ankündigung, unter Hinweis auf bevorstehende Vergütungsverhandlungen, aus der hervorgeht, in welcher Höhe und ab wann voraussichtlich Entgelterhöhungen zu erwarten sind, ist eine bis zum Zeitpunkt der Ankündigung zurückwirkende Entgelterhöhung zulässig, sofern die zukünftig geltende Vergütung hinter der von der Einrichtung angekündigten Vergütung zurückbleibt oder die Entgelterhöhung zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tritt, als dem Bewohner zuvor rechtzeitig angekündigt. Dies gilt entsprechend im Falle von rückwirkender Entgelterhöhung aufgrund von Entscheidungen von Schiedsstellen und Gerichten.
- 7 Im Übrigen ergeben sich die Voraussetzungen für eine Entgelterhöhung aus § 9 WBVG.
- (1) Die Trägerin kann eine Erhöhung des Entgelts verlangen, wenn sich die bisherige Berechnungsgrundlage verändert. Neben dem erhöhten Entgelt muss auch die Erhöhung selbst angemessen sein. Satz 2 gilt nicht für die in § 7 Absatz 2 Satz 2 und 3 gemäß WBVG genannten Fälle. Entgelterhöhungen aufgrund von Investitionsaufwendungen sind nur zulässig, soweit sie nach der Art des Betriebes notwendig sind und nicht durch öffentliche Förderung gedeckt werden.
- (2) Die Trägerin hat dem Bewohner die beabsichtigte Erhöhung des Entgelts schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Aus der Mitteilung muss der Zeitpunkt hervorgehen, zu dem die Trägerin die Erhöhung des Entgelts verlangt. In der Begründung muss sie unter Angabe des Umlagemaßstabs die Positionen benennen, für die sich durch die veränderte Berechnungsgrundlage Kostensteigerungen ergeben und die bisherigen Entgeltbestandteile den vorgesehenen neuen Entgeltbestandteilen gegenüberstellen. Der Bewohner schuldet das erhöhte Entgelt frühestens vier Wochen nach Zugang des hinreichend begründeten Erhöhungsverlangens.
Der Bewohner muss rechtzeitig Gelegenheit erhalten, die Angaben der Trägerin durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu überprüfen.

§ 6 Nichtleistung oder Schlechtleistung

- 1 Erbringt die Einrichtung die vertraglichen Leistungen ganz oder teilweise nicht oder weisen sie nicht unerhebliche Mängel auf, kann der Bewohner unbeschadet weitergehender zivilrechtlicher Ansprüche bis zu sechs Monate rückwirkend eine angemessene Kürzung des vereinbarten Entgelts verlangen.
- 2 Der Bewohner hat der Einrichtungsleitung unverzüglich anzuzeigen, wenn sich während der Vertragsdauer ein Mangel des Wohnraums zeigt oder eine Maßnahme zum Schutz des Wohnraums gegen eine nicht vorhergesehene Gefahr erforderlich wird.
- 3 Unterlässt der Bewohner schuldhaft eine Anzeige nach Absatz 2 und ist es der Einrichtung in Folge dessen nicht möglich Abhilfe zu schaffen, ist der Bewohner nicht berechtigt ihr Kürzungsrecht nach Absatz 1 geltend zu machen.
- 4 Ein Kürzungsrecht nach Absatz 1 besteht auch dann nicht, soweit nach § 115 Absatz 3 SGB XI wegen desselben Sachverhalts ein Kürzungsbetrag vereinbart oder festgesetzt worden ist.

- 5 Der Bewohner ist verpflichtet, bei auftretenden Leistungsstörungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen mitzuwirken, eventuelle Schäden zu vermeiden oder gering zu halten. Der Bewohner ist insbesondere verpflichtet, seine Beanstandungen unverzüglich der Einrichtungsleitung zur Kenntnis zu geben, sofern dies möglich ist.
- 6 Unterlässt der Bewohner oder sein gesetzlicher Vertreter schuldhaft die Mängelanzeige, scheiden Minderungsansprüche aus.

§ 7 Vorübergehende Abwesenheit

- 1 Der Pflegeplatz ist im Fall vorübergehender Abwesenheit von der Einrichtung für einen Abwesenheitszeitraum von bis zu 42 Tagen im Kalenderjahr für den Pflegebedürftigen freizuhalten. Abweichend hiervon verlängert sich der Abwesenheitszeitraum bei Krankenhausaufenthalten und bei Aufenthalten in Rehabilitationseinrichtungen für die Dauer der Aufenthalte.
- 2 Die Zahlungsverpflichtung der Investitionskosten durch den Bewohner wird gemäß der jeweils gültigen Fassung nach Rahmenvertrag § 75 Abs. 2 Nr. 5 SGB XI durch die in § 34 beschriebene Abwesenheitsregelung nicht unterbrochen.
- 3 Gemäß SGB XI §§ 87a und 75 und in Verbindung mit dem Rahmenvertrag werden für die nach Punkt 1 bestimmten Abwesenheitszeiten, soweit drei Kalendertage überschritten werden, Abschläge von derzeit 25 von Hundert der Pflegevergütung, der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung und der Zuschläge nach § 92 b SGB XI (Integrierte Versorgung) erstattet.
- 4 Sind die Voraussetzungen der vorstehenden Absätze 1 und 3 nicht erfüllt (z.B. bei nicht eingestuftten Bewohnern oder für in Anspruch genommene regelmäßig wiederkehrende weitere Leistungen), ist der Bewohner verpflichtet, in Fällen vorübergehender Abwesenheit Entgelte fort zu entrichten.

§ 8 Haftung

- 1 Die Trägerin und der Bewohner haften einander für Sachschäden im Rahmen dieses Vertrages nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Für Personenschäden gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Für Schäden aufgrund höherer Gewalt haftet die Trägerin nicht.
- 2 Für Bargeld, Schmuck, Wertsachen aller Art sowie für wichtige Papiere und Unterlagen haftet die Trägerin nur dann, wenn sie ihr zur Aufbewahrung übergeben wurden. Die Aufbewahrung von Wertgegenständen insbesondere von Schmuck kann durch die Trägerin ausgeschlossen werden.
- 3 Die Trägerin übernimmt keine Haftung für Schäden, die dadurch entstehen, dass außerhalb des Speisenangebots der Einrichtung durch den Bewohner oder deren Angehörige Lebensmittel eingebracht oder eingelagert werden.
- 4 Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, sollten in der Altstadtresidenz die Medikamente von einer Apotheke dosiert, eingeschweißt und gelagert werden (verblistern), so geht in diesem Fall die Gefährdungshaftung von dem Pharmazieunternehmen auf den Apotheker über.

§ 9 Beschwerderecht

- 1 Die Trägerin gewährleistet ein Beschwerdemanagement. Trotz intensiver Bemühungen um eine hohe Dienstleistungsqualität lassen sich Beschwerden nicht ganz vermeiden. Wir sehen Beschwerden als eine Möglichkeit zu lernen und unsere Strukturen und Abläufe permanent zu verbessern. Gerade im Zusammenhang mit Beschwerden ist uns wichtig, dass alle Mitarbeiter in unseren Einrichtungen über notwendige Kommunikationstechniken verfügen und in der Lage sind, den auslösenden Sachverhalt aufzunehmen.

- 2 Anregungen und Beschwerden des Bewohners und seiner Angehörigen sind wichtige Hinweise für eine Verbesserung der Qualität in der Einrichtung. Hier stehen dem Bewohner unterschiedliche Ansprechpartner zur Verfügung. Der Bewohner hat das Recht, sich bei der Trägerin der Einrichtung, bei der nach heimrechtlichen Vorschriften zuständigen Aufsichtsbehörde oder der Pflegekasse beraten zu lassen sowie über Mängel, bei der Erbringung der in diesem Vertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren.

a. Beschwerdeinstanzen innerhalb der Einrichtung:

➔ Altstadtresidenz, Klosterkirchhof 11, 24103 Kiel,	Telefon	0431 9065-0
Einrichtungsleitung	Kirsten Speck	0431-9065-9
Pflegedienstleitung	Corinna Grön	0431-9065-9
Qualitätsbeauftragter	Ludwig Greve	0431-9065-9
stellv. Pflegedienstleitung	Vanessa Becker	0431-9065-9
Vorsitzende der Interessenvertretung	_____	0431-9065-__

b. Beschwerdeinstanzen außerhalb der Einrichtung:

- ➔ Herr Hans Werner Lange, Geschäftsführer der ProSenis GmbH:
Kühnsstraße 18, 30559 Hannover, Telefon: 0511 – 51 04 201
- ➔ Der Pflegestützpunkt in der Landeshauptstadt Kiel:
Stephan-Heinzel-Straße 2, 24116 Kiel, Telefon: 0431 – 9013696
- ➔ Die nach heimrechtlichen Vorschriften zuständige Aufsichtsbehörde:
Heimaufsicht der Landeshauptstadt Kiel, Andreas-Gayk-Straße 31 c,
24103 Kiel, Telefon: 0431-901-2074
- ➔ VdeK Landesvertretung Schleswig-Holstein:
Wall 55, 24103 Kiel
- ➔ Leitstelle „Älter werden“:
Stephan-Heinzel-Straße 2, 24116 Kiel
- ➔ Pflege NOT-Telefon Schleswig-Holstein Telefon: **01802 49 48 47**

- 3 Jeder Mitarbeiter nimmt die Beschwerde entgegen. Die Beschwerde wird umgehend bearbeitet. Der Bewohner kann seine Beschwerde schriftlich verfassen. Es steht bei Bedarf ein besonderes Formblatt zur Verfügung. Dieses Formblatt ist in jedem Fachbereich der Einrichtung zu erhalten.

§ 10 Datenschutz/ Schweigepflicht

- 1 Die Trägerin verpflichtet sich zu einem vertrauensvollen Umgang mit personenbezogenen Informationen des Bewohners. Es werden nur solche Informationen gespeichert, die für die Erfüllung dieses Vertrages erforderlich sind. Diese werden nur denjenigen Mitarbeitern zugänglich gemacht, die für die entsprechenden Aufgaben zuständig sind.
Insoweit stimmt der Bewohner der Speicherung seiner Daten zu.**
- 2 Der Bewohner willigt widerruflich ein, dass die behandelnden Ärzte die für die allgemeine und spezielle Pflege erforderlichen Informationen den Mitarbeitern der Einrichtung zur Verfügung stellen. Er willigt ebenfalls ein, dass der Einrichtung die von den Medizinischen Diensten der Krankenkassen erstellten Gutachten zur Kenntnis gegeben werden.**
- 3 Der Bewohner kann eine Mitteilung darüber verlangen, welche Daten geführt werden. Insbesondere hat der Bewohner oder ein von ihm Bevollmächtigter das Recht auf Einsichtnahme in die über ihn geführte Pflegedokumentation.**

§ 11 Vertragsdauer/ Kündigung

- 1 Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, soweit nicht im Einzelfall eine befristete Aufnahme des Bewohners nach Maßgabe dieses Vertrages (Deckblatt) vereinbart ist.**
- 2 Kündigung durch den Bewohner**
 - 2.1. Der Bewohner kann den Wohn- und Betreuungsvertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats für den Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen. Darüber hinaus steht dem Bewohner jederzeit ein Kündigungsrecht für den Zeitpunkt zu, an dem eine Erhöhung des Entgeltes wirksam werden soll.**
 - 2.2. Sofern dem Bewohner erst nach Beginn des Vertragsverhältnisses eine Ausfertigung des Vertrages ausgehändigt wird, kann dieser den Wohn- und Betreuungsvertrag bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Aushändigung kündigen.**
 - 2.3. Der Wohn- und Betreuungsvertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn der Bewohner die Fortsetzung des Wohn- und Betreuungsvertrags bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist.**
 - 2.4. Der Wohn- und Betreuungsvertrag kann jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn die Trägerin ihre vorvertraglichen Informationspflichten verletzt hat.**
 - 2.5. Hat der Bewohner aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist auf Grund eines von der Trägerin zu vertretenden Kündigungsgrundes gekündigt, so hat die Trägerin einen angemessenen Leistungersatz zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen und die Kosten des Umzugs in angemessenem Umfang zu tragen. Der Bewohner kann – auch vor der Kündigung – den Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen verlangen.**
 - 2.6. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Für die Fristwahrung ist der Tag des Eingangs der Kündigung maßgeblich.**

- 2.7. Der Bewohner kann vereinbarte Zusatz- und sonstige Leistungen mit einer Frist von zwei Wochen kündigen. Bei einer Erhöhung des vereinbarten Entgelts ist eine Kündigung für ihn jederzeit für den Zeitpunkt möglich, an dem die Erhöhung wirksam werden soll. Hierbei hat er die der Einrichtung bis zum Eingang der Kündigung bereits entstandenen Aufwendungen zu erstatten. Die Trägerin kann vereinbarte Zusatz- und sonstige Leistungen mit einer Frist von vier Wochen kündigen.

3 Kündigung durch den Unternehmer:

- 3.1. Die Trägerin kann den Wohn- und Betreuungsvertrag nur unter Benennung eines wichtigen Grundes schriftlich kündigen.

- 3.2. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn:

- a) Die Trägerin den Betrieb einstellt, wesentlich einschränkt oder in seiner Art verändert und die Fortsetzung dieses Vertrages für die Trägerin eine unzumutbare Härte bedeuten würde;
- b) Die Trägerin eine fachgerechte Pflege- oder Betreuungsleistung nicht erbringen kann, weil:
 - aa) der Bewohner seine vertraglichen Pflichten schuldhaft so gröblich verletzt, dass der Trägerin die Fortsetzung dieses Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann;
 - bb) der Bewohner für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Entgeltes oder eines Teils des Entgeltes, der das Entgelt für einen Monat übersteigt, in Verzug ist oder
 - cc) in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Entgeltes in Höhe eines Betrages in Verzug gekommen ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

Die Trägerin kann aus dem Grund des § 11.3.2cc nur kündigen, wenn sie zuvor dem Bewohner unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erfolglos eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt hat. In den Fällen des § 11.3.2cc ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn die Rückstände vorher ausgeglichen wurden. Die Kündigung ist wirksam, wenn bis zum Ablauf von 2 Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs das fällige Entgelt an die Trägerin gezahlt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Zahlung verpflichtet.

In den Fällen des Absatzes 3.2 kann die Trägerin den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Im Übrigen ist eine Kündigung bis zum 3. Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des nächsten Monats zulässig.

Kündigt die Trägerin nach Absatz 3 Nr. 3.2 kann der Bewohner den Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen verlangen. Bei einer Kündigung nach Absatz 3 Nr. 3.2 trägt die Trägerin die Kosten des Umzugs in angemessenen Umfang.

Die Kündigung bedarf der Schriftform. Für die Kündigung ist der Tag des Eingangs der Kündigung maßgeblich.

§ 12 Beendigung des Vertragsverhältnisses

Das Vertragsverhältnis endet mit dem Tag des Ablebens des Bewohners.

Für die Zeit nach dem Tod der Bewohner bis zur Überlassung des Wohnraums, jedoch längstens für 14 Tage, werden die Entgelte für die Investitionskosten und Unterkunft weiter berechnet.

Rückgabe des Zimmers:

Endet das Vertragsverhältnis, hat der Bewohner den Wohnraum geräumt und in ordnungsgemäßen Zustand mit sämtlichen Schlüsseln an die Einrichtung zu übergeben. Stirbt der Bewohner trifft diese Verpflichtung die Erben.

Der Bewohner berechtigt die Einrichtung die eingebrachten Sachen soweit er sie bei Auszug nicht selbst räumt, folgender Person, ohne Rücksicht auf Legitimation, auszuhändigen:

Name: _____ Vorname: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Kommen der Bewohner oder die Erben oder Bevollmächtigten der Pflicht zur Räumung auch nach Ablauf der von der Einrichtung gesetzten Nachfrist von 7 Tagen schuldhaft nicht nach, so ist die Einrichtung berechtigt, das Zimmer zu räumen und die eingebrachten Sachen einzulagern. In diesem Fall fertigen zwei Mitarbeiter der Einrichtung eine Bestandsliste an. Ist der Erbe nicht bekannt oder kein Bevollmächtigter benannt, so ist die Einrichtung auch ohne Aufforderung hierzu berechtigt. Die Kosten hierzu werden von dem Bewohner bzw. von dessen Nachlass getragen.

§ 13 Regelung für den Todesfall

Die Einrichtung verpflichtet sich, im Falle des Ablebens des Bewohners

Herrn/ Frau _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

zu benachrichtigen und die persönlichen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände auszuhändigen (es wird besonders auf §12 hingewiesen).

oder im Verhinderungsfalle

Herrn/Frau _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Die Einrichtung stellt den Nachlass soweit möglich durch räumlichen Verschluss sicher. (Hinweis siehe § 12) Die persönlichen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sowie Wertsachen und Dokumente der Bewohnerin dürfen von der Einrichtung einer der in § 12 genannten Personen übergeben werden. Eine letztwillige Verfügung über diese Gegenstände bleibt durch diese Verpflichtungserklärung unberührt.

§ 14 Schlussbestimmungen

- 1** Der Bewohner ist über die zur Beurteilung des Vertrages erforderlichen Angaben, insbesondere die Leistungen der Einrichtung und seine Rechte und Pflichten, schriftlich und mündlich informiert worden.
- 2** Sollten aufgrund der gesetzlichen Pflegeversicherung oder anderer gesetzlicher Vorgaben oder der entsprechenden Durchführungsbestimmungen Ergänzungen oder Änderungen des Vertrages erforderlich sein, erklären beide Vertragsparteien ihren Mitwirkungswillen zur Ergänzung oder Änderung.
- 3** Der Bewohner kann durch die nach heimrechtlichen Vorschriften vorgesehene Interessenvertretung in Angelegenheiten des Heimbetriebes wie Unterkunft, Betreuung, Aufenthaltsbedingungen, Heimordnung, Verpflegung und Freizeitgestaltung mitwirken. Zu der durchzuführenden Versammlung der Interessenvertretung, kann die Bewohner eine Vertrauensperson beiziehen. Die Mitwirkung bezieht sich auch auf die Sicherung einer angemessenen Qualität der Betreuung in der Einrichtung und auf die Leistungs-, Vergütungs-, Qualitäts- und Prüfungsvereinbarungen.
- 4** Gemäß § 6 III Nr. 4 WBVG/§ 36 VSBG des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes (VSBG), setzen wir Sie davon in Kenntnis, dass die ProSenis GmbH nicht an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilnimmt.
Das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher, bei Rechtsstreitigkeiten die Gerichte anzurufen, bleibt durch die Allgemeine Verbraucherschlichtungsstelle unberührt.

§ 15 Salvatorische Klausel

Eine etwaige Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages hat auf die Wirksamkeit des ganzen Vertrages und seiner übrigen Teile keinen Einfluss. An die Stelle von unwirksamen Bestimmungen treten die gesetzlichen Regelungen. Gleiches gilt, sofern der Vertrag lückenhaft sein sollte.

§ 16 Hinweis

Der zukünftige Bewohner bestätigt, vor Einzug in die Einrichtung ein schriftliches Angebot in Form des Mustervertrages sowie alle erforderlichen Informationen gemäß Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) § 3 erhalten zu haben.

Der Bewohner erklärt, dass er den Inhalt des Wohn- und Betreuungsvertrages, sowie der damit verbundenen weiterführenden Informationen verstanden hat.
Sämtliche offenen Fragen wurden ihm ausführlich und verständlich erläutert und beantwortet.

Kiel, den

Kiel, den _____

Kirsten Speck
Einrichtungsleitung

Bewohner

Bevollmächtigter/Betreuer

Bei Vertragsunterzeichnung wurden folgende Unterlagen eingereicht:

Ausweise:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Personalausweis/ Original | <input type="checkbox"/> Kopie |
| <input type="checkbox"/> Schwerbehindertenausweis/ Original | <input type="checkbox"/> Kopie |
| <input type="checkbox"/> Befreiungsausweis für Zuzahlungen zu Medikamenten etc. | <input type="checkbox"/> noch zu beantragen |
| <input type="checkbox"/> Ärztliche Bescheinigung nach Infektionsschutzgesetz | |
| <input type="checkbox"/> Ärztliche Bescheinigung zur Inkontinenzversorgung | |

Verfügungen/ Vollmachten:

- ☐ Patientenverfügung
- ☐ Betreuungsverfügung/ Bestattungsurkunde
- ☐ Vorsorgevollmacht

weitere Unterlagen/ Anträge:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Krankenkassen- Chipkarte (Gesundheitskarte) | <input type="checkbox"/> wird nachgereicht |
| <input type="checkbox"/> Geburts- oder Heiratsurkunde/ Original | <input type="checkbox"/> Kopie |
| <input type="checkbox"/> Abmeldung von den Rundfunkgebühren | <input type="checkbox"/> noch zu erledigen |
| <input type="checkbox"/> polizeiliche Ummeldung | <input type="checkbox"/> noch zu erledigen |
| <input type="checkbox"/> Antrag auf Leistungen der vollstationären Pflege | |
| <input type="checkbox"/> Antrag auf Kostenübernahme „Hilfe zur Pflege“ | |
| <input type="checkbox"/> Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates | <input type="checkbox"/> noch zu erledigen |
| <input type="checkbox"/> Nachweis Haftpflichtversicherung | |
|
 | |
| <input type="checkbox"/> Überleitungsantrag (Dt. Bundespost der Rente) | <input type="checkbox"/> noch zu erledigen |
| <input type="checkbox"/> Datenschutz: Infoblatt für Angehörige | |
| <input type="checkbox"/> Datenschutz: Einwilligungserklärung Foto- und Videoaufnahmen | |

Benennung einer Person des Vertrauens

Herr/ Frau

Anschrift/ Telefon